„Gender-Ideologie“ und „Klimahysterie“

Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken

Konstantin Veit

Zusammenfassung: Im vorliegenden Artikel wird der Zusammenhang zwischen rechtem Antifeminismus und rechten Positionen zu Umwelt- und Klimapolitik untersucht. Dazu wird erstens der Forschungsstand zu (extrem) rechten Positionen in der Klima- und Umweltpolitik sowie der Geschlechterpolitik skizziert. Zweitens wird das Verhältnis der zugrunde liegenden Geschlechts- und Naturkonstruktionen im rechten Denken herausgearbeitet und anhand der feministischen Umweltforschung für ihre *wechselseitige Bedingtheit* argumentiert. Drittens wird das beschriebene Naturverständnis als Element extrem rechter Ideologie eingeordnet. Der Artikel zeigt, dass Natur eine wesentliche Ordnungskategorie im rechten Denken ist. Der Begriff nimmt eine *Scharnierfunktion* zwischen Antifeminismus, lokalem Naturschutz und Klimawandelleugnung ein. Zentral hierfür ist die Konzeption der Natur als besonders schutzwürdig, die neben der Natur als Umwelt auf die ‚natürliche gesellschaftliche Ordnung‘ samt traditionellem Familienbild und binärer Geschlechterrollen übertragen wird. Die Naturalisierung von gesellschaftlichen Unterschieden, menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen fungiert somit als zentrale Begründungsweise für die erstrebte völkische Ordnung.

Schlüsselbegriffe: Antifeminismus, Umweltpolitik, Klimapolitik, Geschlechterpolitik, Ideologie, extreme Rechte

Title: „Gender ideology“ and „climate hysteria“. The gender nature nexus in right-wing thinking

Summary: This paper investigates the relationship between right-wing antifeminism and right-wing positions on environmental and climate policy. To this end, first, the state of research on (extreme) right-wing positions on climate and environmental policy and gender politics is outlined. Second, the article elaborates the relationship of the underlying gender and nature constructions in right-wing thinking and argues for their mutual conditionality on the basis of ecofeminist theory. Third, the described understanding of nature is classified as an element of extreme right-wing ideology. The article shows how nature is an essential ordering category in right-wing thinking. It takes on a linking function between antifeminism, local nature conservation, and climate change denial. Central to this is the conception of nature as particularly worthy of protection, which is transferred to the ’natural social order’, including traditional family images and binary gender roles, in addition to ecological nature. The naturalization of social differences, human characteristics and behavior thus functions as the central mode of justification for the aspired völkisch order.

Keywords: antifeminism, environmental politics, climate politics, gender politics, ideology, extreme right

1 Einleitung

Im September 2019 verkündete Alexander Gauland, damals noch Parteichef der Alternative für Deutschland (AfD): „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“ (ZEIT ONLINE 2019). Gauland zweifelte in dem Interview den anthropogenen Einfluss auf die globale Erwärmung an und erklärte die klimapolitischen Vorhaben der Bundesregierung für überflüssig.

Derweil mehren sich Berichte und Zeugnisse von antifeministischen Angriffen und Beleidigungen auf Klimaaktivistinnen. Eine Berliner Aktivistin der Fridays for Future-Bewegung etwa wurde von einer der Identitären Bewegung nahestehenden Person im Netz als antifaschistische Klimaaktivistin geoutet und wird seitdem sexistisch von rechts attackiert (Nabert 2019). Eine Aktivistin von Ende Gelände berichtete aus eigener Erfahrung für das Portal Klimareporter, wie junge Klimaaktivistinnen „zum Ziel […] rechten und primär männlichen Hasses“ werden und sich regelmäßig sexistischen Einschüchterungsversuchen und Gewaltandrohungen ausgesetzt sehen (Henneberger 2019).

Die Häufung solcher rechten, antifeministischen Angriffe auf die Klimabewegung wirft die Frage auf, ob es einen spezifischen Zusammenhang zwischen rechtem Antifeminismus und rechten Positionen zu Umwelt- und Klimapolitik gibt. Dieser potenzielle Zusammenhang steht im Zentrum des vorliegenden Artikels.

Zunächst skizziere ich den Forschungsstand zu (extrem) rechten Positionen in der Klima- und Umweltpolitik sowie der Geschlechterpolitik. Zweitens erörtere ich das Verhältnis der diesen Politikfeldern zugrunde liegenden Geschlechts- und Naturkonstruktionen im rechten Denken und argumentiere für ihre wechselseitige Bedingtheit: Anhand der feministischen Umweltforschung und insbesondere der ökofeministischen These einer Konvergenz von patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlicher Naturbeherrschung arbeite ich heraus, dass der Naturbegriff eine ‚Scharnierfunktion‘ zwischen Antifeminismus, lokalem Naturschutz und Klimawandelleugnung einnimmt. Zentral hierfür ist die Konzeption der Natur als besonders schutzwürdig, die neben der Natur als Umwelt auch auf die ‚natürliche gesellschaftliche Ordnung‘ übertragen wird.

Drittens argumentiere ich, dass dieses Naturverständnis als Ausdruck extrem rechter Ideologie verstanden werden muss. Dies zeige ich u. a. anhand historischer Kontinuitäten zwischen alt-rechtem und neurechtem Denken. Natur kann als wesentliche Ordnungskategorie in rechter Weltanschauung gelten, wobei die Naturalisierung von gesellschaftlichen Unterschieden, menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen als zentrale Begründungsweise für die erstrebte völkische Ordnung fungiert.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich vorwiegend auf das rechte und extrem rechte Spektrum im bundesdeutschen Kontext. Dieses Rechtsaußen-Spektrum ist jenseits des demokratischen Konservatismus zu verorten und näherungsweise durch einen völkischen Nationalismus zu charakterisieren, der „gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheit als unausweichlich und naturhaft gegeben ansieht“ (Virchow 2016: 17). Salzborn folgend kann diese „Ideologie der Ungleichheit, die als Denkfigur aufgrund ihrer Menschen in essentialistische, d. h. als natürlich und unabänderlich unterstellte Kollektive einteilenden Vorstellung Ausdruck struktureller Gewalt ist“ (Salzborn 2015: 22), als gemeinsamer Nenner (extrem) rechten Denkens ausgemacht werden. Gießelmann et al. sehen die „auf völkischem Grund-

verständnis begründete ‚Schicksalsgemeinschaft‘“ als „weltanschauliche Basis“ (2019: 14) des Rechtsaußen-Spektrums.

Als parlamentarischer Arm der rechten und extrem rechten Szene in Deutschland gilt der AfD ein besonderes Augenmerk in diesem Beitrag (zu dieser Einordnung u. a. Weiß 2017; Heitmeyer 2018). Während die Partei zunächst als rechtspopulistisch galt (Amadeu Antonio Stiftung 2020: 4 ff.), traten vermehrt „Überschneidungen in der Themensetzung und Positionierung“ (Heitmeyer 2018: 236) zum extrem rechten Lager zutage.[1] In der Summe ihrer rassistischen, autoritären und nationalistischen Positionen ist die AfD heute als „moderne rechtsradikale Partei“ (Amadeu Antonio Stiftung 2020: 10 f.) zu verstehen, die eng mit der extrem rechten Szene verwoben ist.

Diese Szene wird als Netzwerk begriffen, in dem politische Positionen und Diskurse in einem Wechselspiel aus parlamentarischen und außerparlamentarischen Akteur:innen, neurechten Denkfabriken, Rechtsintellektuellen etc. entwickelt und geprägt werden. In diesem „Ensemble verschiedener Strömungen“ werden „unterschiedliche Traditionen“ beansprucht und „verschiedene strategische Orientierungen und spezifische politische Praktiken“ verfolgt (Gießelmann et al. 2019: 17). Hieraus ergibt sich eine fluide Verwendung der Begriffe rechts, extrem rechts und neurechts in diesem Beitrag, womit auf die Vielfältigkeit des Spektrums verwiesen wird. Der Beitrag positioniert sich kritisch zur Nutzung der Begriffe ‚Rechtsextremismus‘ und ‚(rechts-)extremistisch‘, da die damit verbundene Wissensordnung eine problematische Äquidistanz von rechts und links zu einer vermeintlich demokratischen ‚Mitte‘ suggeriert, was den gleichen Grad an Bedrohung für die Demokratie von rechts und links und eine unbestreitbare demokratische Tugendhaftigkeit einer klar abgrenzbaren ‚Mitte‘ impliziert (zur Kritik des Extremismus-Modells: Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung 2011). Rechte und extrem rechte Diskurse und Einstellungen sind jedoch in vielen gesellschaftlichen Sphären anzutreffen (Zick/Küpper 2021).

2 Forschungsstand: Rechte Positionen zu Klima, Umwelt und Gender

Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage nach dem *Zusammenhang* von klima- und umweltpolitischen Positionen mit Antifeminismus im rechten Spektrum findet noch wenig statt. Mit dem Konzept der „petro-masculinity“ analysiert Daggett (2018) die identitätsstiftenden Wechselwirkungen von Klimaleugnung, Rassismus und Misogynie in autoritären Bewegungen. In einer Untersuchung der klimawandelbezogenen Kommunikation der rechten Schwedendemokraten arbeiten Hultman, Björk und Viinikka (2019) „industrial masculinities“ als einen identitären Faktor heraus, in dem rechter Nationalismus mit Klimawandelleugnung aufgeht. Gottschlich und Katz (2021) untersuchen, wie sich rechte Vereinnahmung ökologischer Themen, die auch antifeministische Elemente erhält, auf Umweltverbandsarbeit auswirkt. Im selben Band beschäftigt sich Kapitza (2021) mit dem Auftreten antifeministischer Konzepte in ökologischen und naturschutzfachlichen Debatten.

1 Salzborn folgend ist Rechtspopulismus gar kein Begriff der analytischen Differenzierung rechter Weltanschauungen, sondern als „strategische Option“ (Salzborn 2015: 18) für bestimmte extrem rechte Strömungen zu verstehen, die sich populistischer Mittel bedienen. Insofern findet das Rechtspopulismus-Konzept keine weitere Verwendung in diesem Beitrag.

Vorrangig überwiegen jedoch noch publizistische Anmerkungen, wie die von Volker Weiß, Greta Thunberg treibe „die neurechte Männerherrlichkeit zur Verzweiflung“ und rufe „drastische Beschimpfungen bis hin zu Mordphantasien“ hervor (Weiß 2019). Bevor der spezifische Zusammenhang zwischen rechter Positionierung zu Klima- und Umweltschutz und rechtem Antifeminismus erörtert wird, wird daher zunächst der Forschungsstand zu den einzelnen Politikfeldern in ihrer separaten Betrachtung skizziert.

2.1 (Extreme) Rechte und Klimawandel/-politik

Anlässlich der Europawahl 2019 haben Schaller und Carius (2019) eine umfangreiche Analyse der Klimaprogramme europäischer „right-wing populist parties“ vorgelegt, darunter auch das Programm der AfD. Schaller und Carius ordnen die AfD der Gruppe an Parteien zu, die den wissenschaftlichen Konsens über den anthropogenen Treibhauseffekt anzweifelt bzw. leugnet und nennen dies ein „key feature of the party profile“ (2019: 24). Laut Grundsatzprogramm der Partei sei CO_2 „kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens“ (AfD 2016: 156).

Die Leugnung der menschengemachten globalen Erwärmung geht einher mit der Ablehnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse der Erdsystem- und Klimaforschung. Die Klimaleugner:innenszene beruft sich hingegen auf ‚Erkenntnisse‘ des sog. Europäischen Instituts für Klima und Energie e.V. (EIKE), „an independent organisation of climate denialists aiming to systematically attack climate science“ (Schaller/Carius 2019: 84). Das Führungspersonal der Organisation hat maßgeblich bei der Entwicklung der AfD-Positionen zu Klimawandel mitgewirkt. Dem Grundsatzpapier Klima von EIKE ist zu entnehmen, dass aufgrund eines sich natürlicherweise wandelnden Klimas „‚Klimaschutz’ ein politischer und ideologischer Begriff [ist], der wissenschaftlich sinnlos“ sei (EIKE 2020). Auf der Website wird auch die sogenannte Konferenz gegen den Klimawahn des extrem rechten und verschwörungsideologischen Magazins Compact beworben (EIKE 2019). Hier vermischt sich Klimawandelleugnung mit antisemitischen Verschwörungsgedanken, Adultismus und Antifeminismus: eine Mischung, die Anhänger:innen von Neuer Rechter, AfD und Identitärer Bewegung anzog (FARN 2019a).

Van Rensburg (2015) differenziert verschiedene Formen von Klimawandelleugnung bzw. -skepsis: „evidence skepticism“ beschreibt die grundsätzliche Leugnung, dass sich die globale Erwärmung ereignet bzw. anthropogen verursacht ist; „process skepticism“ unterstellt der führenden Klimawissenschaft, nicht unabhängig zu sein oder kritisiert führende Medieninstitutionen, einseitig zu berichten; „response skepticism“ zieht die Notwendigkeit und Wirksamkeit von politischen Maßnahmen in Zweifel. Auch wenn gerade die letztere Form zwar im Grundsatz die Existenz des Klimawandels anerkennt, sind die drei Formen doch geeint in ihrer Kritik an multilateraler Klimapolitik und dem Versuch, die Klimabewegung und -wissenschaft zu schwächen. Die hier vertretene These einer ideologischen Verknüpfung der Politikfelder Klima, Natur/Umwelt und Gender/Gleichstellung ist von diesen Abstufungen unberührt. Ihre Kritik an der aktuellen Klimaschutzpolitik baut die AfD auf einer Reihe von Policy-Frames auf: Die Förderung erneuerbarer Energien und der Kohleausstieg würden der lokalen Wirtschaft schaden und die Energiepreise steigen lassen (Schaller/Carius 2019: 14): „Das EEG [Erneuerbare-Energien-Gesetz, Anm. d. A.] ist staatliche Planwirtschaft“ und „staatliche Zwangsvermarktung“ (AfD 2016: 158), worin die AfD eine sozial ungerechte,

„gigantische Umverteilung von Vermögen […] von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern“ sieht (AfD 2016: 159). In dieser Position findet die antietatistische, libertäre Strömung in der AfD ihren Niederschlag.

Multilaterales Handeln wird grundsätzlich als bedrohlich für die nationale Souveränität angesehen, sowohl in Bezug auf EU-Klimapolitik als auch hinsichtlich des Pariser Abkommens, das die AfD kündigen möchte. Solche Zielvereinbarungen würden den einheimischen Verbraucher:innen und der nationalen Industrie schaden (Schaller/Carius 2019: 21 ff.). Stattdessen müsse ein national unabhängiger Staat „für eine sichere und stabile Energieversorgung seiner Bevölkerung und Industrie verantwortlich bleiben“ und sollte sich „an der Verfügbarkeit eigener und gesicherter Rohstoffe orientieren“ (AfD 2019: 79).

Lockwood (2018) diskutiert Erklärungsansätze der Populismusforschung dafür, weshalb sog. rechtspopulistische Akteur:innen häufig zu Klimawandelleugnung und Ablehnung von Klimaschutz neigen. Er verwirft die sozioökonomisch gelagerte These, dass die Ablehnung von ambitioniertem Klimaschutz mit wirtschaftlicher Marginalisierung der rechten Wähler:innenschaft und drohendem Arbeitsplatzverlust zu erklären sei (Modernisierungsverlierer:innen-These). Stattdessen befürwortet er eine ideologiebasierte These: Die populistische Verbindung von Autoritarismus, Nationalismus und Antielitismus produziere „hostility to climate change as a cosmopolitan elite agenda, along with a suspicion of both the complexity of climate science and policy and of the role of climate scientists and environmentalists“ (Lockwood 2018: 713). Lockwood sieht diese Skepsis und Ablehnung weniger als „an engagement with the issue of climate change itself“, vielmehr sei sie Ausdruck einer generellen „hostility to liberal, cosmopolitan elites“ (2018: 723). Internationale Gremien, etwa das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), als schwer greifbare supranationale Institutionen sowie komplexe internationale Verhandlungsprozesse und die nur abstrakt fassbare Beziehung zwischen Handlung und Effekt in der Klimapolitik machten dieses Politikfeld zu einem dankbaren Feindbild (Lockwood 2018: 724). Schaller und Carius kommen zu der ähnlichen Einschätzung, nach der Rechtsaußen-Akteur:innen Klimawandel und -politik häufig als „liberal-elitist concept“ (2019: 42) wahrnehmen würden.

Auch Forchtner, Kroneder und Wetzel (2018) untersuchen in einer Diskurs-Netzwerkanalyse die Kommunikation der extremen Rechten in Deutschland rund um Klimawandel und fragen, inwiefern Ideologie die Klimawandel-Kommunikation der Rechten beeinflusst. Die Autor:innen argumentieren, dass diese Akteur:innen größtenteils „[are] climate-skeptic due to populist sentiment and/or fear over the continuance of the *Volk* being allegedly under pressure of ‚globalist forces‘“ (Forchtner/Kroneder/Wetzel 2018: 591, Hervorh. i. Orig.). Die Rede vom Klimawandel legitimiere ein ‚Weltregime‘, „which aims not simply at the dissolution of national spaces, but at the reproduction of specific, global hegemonies“ (Forchtner/Kroneder/Wetzel 2018: 598). Gemäß des populistischen Antielitismus würde die Wissenschaft die Bevölkerung in die Irre leiten, vor allem „mainstream scientists“ trügen zu einem politischen Projekt liberaler Eliten bei, „which harms the general will of the ‚pure people‘“ (Forchtner/Kroneder/Wetzel 2018: 596).

Der von Forchtner, Kroneder und Wetzel untersuchte Materialkorpus besteht aus über 200 Artikeln aus vier rechten und rechtsextremen Blogs und Zeitschriften, aus den Jahren 2007 bis 2014 (2018: 592 f.). Die AfD spielt in der Untersuchung jedoch keine Rolle. Im Fazit schreiben die Autor:innen, ihre Ergebnisse „need to be triangulated with analyses of party magazines, manifestos, and programs“ (2018: 601). Insofern schließt der vorliegende Artikel hier gut an, indem er ebenso nach der Relevanz rechter Ideologie in Klima-, Umwelt- und

Geschlechterpolitik fragt. Eine Analyse des Stimmverhaltens rechter Parteien in Parlamenten oder die Untersuchung der Einstellungsmuster in der Wähler:innenschaft muss ergänzt werden um die Untersuchung des ideologischen Fundaments, das Parteien und ihr Spitzenpersonal in Parlamente, Öffentlichkeit und Medien tragen und diskursfähig machen.

2.2 (Extreme) Rechte und Umwelt-/Naturschutz

Im Vergleich zur Klimapolitik ergibt der Blick auf Naturschutz- und Umweltpolitik in der Rechten ein anderes Bild: Lockwood konstatiert eine „striking difference between climate change and the treatment of local and national environmental issues" (2018: 723 f.). Die Energiewende, der wohl wichtigste Baustein für eine effektive Dekarbonisierung, und der Umweltschutz werden von der AfD als Gegensatz entworfen: Die Energiewende sei in Wahrheit „ein gigantisches Natur- und Heimatzerstörungsprojekt" (Höcke zit. n. Marian/Müller 2020: 82). In ihrem Europawahlprogramm lässt die AfD verlauten: „Der propagierte Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien führt zur Vernichtung unserer Natur- und Kulturlandschaften." (AfD 2019: 43)

Schaller und Carius führen zur Beschreibung solcher Parteien, die Umweltschutz befürworten, aber jegliche Form von Klimaschutzpolitik ablehnen (bis hin zur Klimawandelleugnung), die Kategorie des „green patriotism" ein (2019: 39). Die Wurzeln dieser Position sehen sie in „ethnic, *völkisch* and ultra-conservative interpretations of nature conservation" (Schaller/Carius 2019: 39, Hervorh. i. Orig.). Europaweit ist gegenwärtig zu beobachten, wie extrem Rechte und Identitäre die ‚ökologische Frage' zu einer „biologistischen Existenz- und Überlebensfrage" (Marian/Müller 2020: 89) umdeuten. In einer Analyse der Parteiprogramme von 13 westeuropäischen Rechtsaußen-Parteien zeigen Gemenis, Katsanidou und Vasilopoulou (2012), dass „anti-environmentalism" ein wesentlicher Bestandteil derer Programmatik ist und dass „radical right parties have largely incorporated anti-environmentalism within the main ideological tenets of their party family" (2012: 3). Weiterhin sehen alle untersuchten Parteien ein konfliktäres Verhältnis zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, welches sie i. d. R. zugunsten des Wirtschaftswachstums auflösen wollen (Gemenis/Katsanidou/Vasilopoulou 2012: 18). Für Deutschland untersuchten die Autor:innen die NPD und Die Republikaner; beide Parteien zweifeln die menschengemachte globale Erwärmung an und lehnten Öko-Steuern ab (Gemenis/Katsanidou/Vasilopoulou 2012: 16). Forchtner, Kroneder und Wetzel halten gerade Deutschland für einen paradigmatischen Fall der ‚brauen Ökologie', „as environmental concerns and ecology thinking have long been interwoven with nationalist, *völkisch*, Social Darwinist and racist ideas" (2018: 591, Hervorh. i. Orig.). Auch Malm und The Zetkin Collective (2021) betonen die historischen Bezüge von Fossilismus und rechter Ideologie,[2] die sich heute in rassifizierten Anschuldigungen wiederfinden, dass vor allem CO_2-Emissionen des globalen Südens oder das dortige Bevölkerungswachstum für die globale Erwärmung verantwortlich seien.

Das Vorbringen rechtsextremen Gedankenguts unter dem Deckmantel des Naturschutzes ist anhand einer Reihe von Topoi zu beobachten, wie ein Leitfaden von FARN (2019b) herausstellt. Umweltschutz wird grundsätzlich als Bewahrung einer typisch deutschen, bäuerlich geprägten Kultur- und Naturlandschaft verstanden, industrielle Landwirtschaft wird

2 Zu den historischen Vorläufern dieses Nexus völkisch-rechter Ideologie und Naturschutz siehe Kap. 4 der vorliegenden Arbeit.

daher abgelehnt. Umweltschutz meint derart verstanden Heimatschutz, aufbauend auf einer als natürlich imaginierten ideologischen Verknüpfung von ‚Volk‘ und Raum: „In dieser Vorstellung bedeutet die Veränderung der ‚deutschen Umwelt‘ automatisch auch eine Veränderung des ‚deutschen Volkes‘.“ (FARN 2019b: 11) So wird Umweltschutz zu einem Argument für die Abwehr aller ‚nicht-deutschen‘ Einflüsse und somit etwa für eine restriktive Migrationspolitik. Die Naturschutzdebatte um ‚heimische‘ und ‚fremde‘ Tier- und Pflanzenarten, die unter dem Stichwort ‚Neobiota‘ geführt wird (Franke 2012; Kapitza 2020), sowie die in Deutschland und der EU leitende Politik des Schutzes einheimischer Arten bieten ein gemachtes Einfallstor für den extrem rechten Diskurs des Eindringens von ‚Fremdlingen‘, die Volk und Raum bedrohen (FARN 2019b: 15 f.).

Auch Argumentationen der Postwachstumsbewegung scheinen anschlussfähig nach rechts. In deren Kritik an globalem Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung, verbunden mit Forderungen nach regionalerem und ressourcenschonenderem Wirtschaften, um etwa die durch den globalen Warenhandel verursachten Transportemissionen zu reduzieren, sieht die Rechte ein Potenzial für das Erstarken lokaler, homogenerer Bevölkerungsgruppen, das „Grundsubjekt völkischer Ideologie“ (FARN 2019b: 17), sowie die Chance für eine Reduzierung internationaler ökonomischer Interdependenzen, hin zu einer ‚raumgebundenen Wirtschaft‘, die auf Autarkie abzielt (FARN 2019b: 19). Vor diesem Hintergrund sind auch affirmative Bezugnahmen einiger rechter europäischer Parteien auf dezentrale erneuerbare Energieerzeugung einzuordnen, welche die nationale Wirtschaft aus der globalen Einbettung herauslösen und energieautark werden lassen könne (Forchtner/Kroneder/Wetzel 2018: 599; Gemenis/Katsanidou/Vasilopoulou 2012: 17).

Forchtner und Kølvraa (2015) erörtern die Ursprünge der differenten Positionierung zu (lokalen) Natur- und Umweltfragen einerseits, (internationalen) Klimapolitikfragen andererseits, die im rechten Spektrum sehr häufig zu beobachten ist. Sie sehen die Wurzel dieser „apparent inconsistency […] in the ideological tenets of nationalism as the transnational undermines the nationalist ideal of sovereignty“ (2015: 199). Klimapolitik bedeute eine Bedrohung für die nationale Souveränität des Volkes; der Klimawandel werde von kosmopolitischen Akteur:innen als Motiv genutzt, „the people’s exclusive right to control and to belong to their homeland“ (2015: 213) anzugreifen. Mit anderen Worten: Den menschengemachten globalen Klimawandel zu akzeptieren hieße, transnationale Verantwortung zu akzeptieren und komme somit einer Selbstaufgabe nationalistischer Programmatik gleich (2015: 217). Auch dieser Artikel ähnelt dem hier verfolgten Ansatz, Programm und Politik als Ausdruck von Ideologie zu interpretieren.

2.3 (Extreme) Rechte und Geschlechter-/Gleichstellungspolitik

Mit dem globalen Erstarken rechter und extrem rechter Parteien und Bewegungen nahmen auch die Untersuchungen hinsichtlich der Frage, wie sich diese politischen Kräfte zu Geschlechter- und Gleichstellungspolitik positionieren, zu (Kováts/Põim 2015; Köttig/Bitzan/Petö 2017; Kemper 2014). Inzwischen hat die Sozialwissenschaft stabile Elemente eines rechten Antifeminismus identifiziert. Dieser richtet sich primär gegen jegliche (rechtliche wie tatsächliche) Gleichstellungspolitik betreffend Frauen sowie homo-, inter-, transsexuellen oder queeren Menschen. Von Heteronormativität abweichende Geschlechtsidentitäten und queere Sexualitäten werden dabei pathologisiert. Darüber hinaus drückt sich rechter Antife-

minismus in Angriffen auf Bildungspolitik und Wissenschaft aus. Die Reform von Lehrplänen zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie Vielfalt der Lebensformen wird als ‚Frühsexualisierung' und als „Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder" (AfD 2016: 109) diffamiert, die sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung gilt als ‚pseudowissenschaftlich' oder gar ‚ideologisch' (Wamper 2019: 131 ff.). So sollen der ‚Gender-Forschung' laut Grundsatzprogramm alle öffentlichen Mittel entzogen werden, „da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist" (AfD 2016: 103).

Als jüngste Ausdrucksform des Antifeminismus kann der sog. Anti-Genderismus gelten (grundlegend hierzu etwa Hark/Villa 2017a). Frauen und Männer seien zwar gleich an Rechten; jedoch wird eine naturgegebene ontologische Differenz zwischen den Geschlechtern vorausgesetzt, weshalb es ein biologisch bestimmtes typisch weibliches und typisch männliches Verhalten gebe. So schreibt die AfD im Grundsatzprogramm: „Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen." (AfD 2016: 109) Maßnahmen des Gender Mainstreaming werden im rechten Spektrum daher als „Umerziehungsmaßnahme zur Schaffung eines ‚widernatürlichen' Menschen" (Wamper 2019: 130) gesehen und das Schreckensbild einer „Dystopie staatlich verordneter, geschlechtsindifferenter Gleichmacherei" (Hark/Villa 2017b: 26) heraufbeschworen.

Lang und Peters machen als gemeinsamen Nenner der Bewegung „die Vorstellung einer machtvollen ‚Femi-, oder gar ‚Homolobby' [aus], die ihnen verbieten wolle, ihr Leben so zu gestalten, wie es vermeintlich überhistorisch, milieu- und kulturübergreifend schon immer der ‚Natur der Dinge' entsprochen habe" (2018: 14 f.). Die natürliche und harmonische Geschlechterordnung werde durch feministische Politiken sexueller, geschlechtlicher und familialer Vielfalt gefährdet, gar zerstört (2018: 15). Lang und Peters verweisen auf die Verbreitung des Anti-Genderismus über ein breites Spektrum hinweg, das von einem völkisch-neonazistischen Milieu über ein neurechtes-diskursorientiertes Milieu bis hin zu einem „parlamentsorientierte[n] Rechtspopulismus" reiche (2018: 19). Hinzu kommen andere Akteur:innen wie kirchliche Organisationen oder diskursleitende Journalist:innen und Publizist:innen. Spätestens mit Gründung der AfD erhielt der Anti-Genderismus auch in Deutschland eine parteipolitische und seit 2017 bundesparlamentarische Repräsentation.[3] Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie der Geschlechterforschung fand schnell Einzug ins Parteiprogramm der AfD (2018: 27).

Ein näherer Blick darauf, welche Rolle ‚Geschlecht' in rechtem Denken einnimmt, macht deutlich, dass Anti-Genderismus als rechter Topos schlechthin gelten kann. So werden emanzipatorische Erfolge der Frauenbewegung und einer langsam erstarkenden Gleichstellungspolitik für (männliche) Prekarisierungserfahrungen und wachsende ökonomische Unsicherheit verantwortlich gemacht (und dabei zugleich neoliberale Umbrüche in Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ursache dethematisiert) und somit Feminismus und ‚Gender-Ideologie' zum Feindbild stilisiert (Sauer 2017: 9). Weiterhin wird mit der aktivistischen und wissenschaftlichen Dekonstruktion von binärer Geschlechtlichkeit, tradierten Geschlechterrollen und heteronormativen Sexualitätsnormen (und der schrittweisen Rechts- und Gesetzesentwicklung hierzu) ein fundamentales Element des gewohnten gesellschaftlichen Orientierungsrahmens infrage gestellt: die identitätsstiftende und als natürlich konstruierte Kategorie

3 Allerdings sind auch im bürgerlichen und ‚Mitte-Rechts'-Spektrum des Deutschen Bundestags, also insb. innerhalb der CDU/CSU, kritische und ablehnende Positionen hinsichtlich Geschlechter- und Gleichstellungspolitik weit verbreitet.

Geschlecht. Rechtsreaktionäre Politik zielt im Umkehrschluss auf den „Erhalt von Privilegien in von Ungleichheiten durchzogenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen“ (Lang 2017: 174), i. e. es geht um die Verteidigung der Vorrechte von (weißen) Deutschen, von Heterosexuellen, von Männern, von traditionellen Familien.

3 Verflechtungen von Natur- und Geschlechterkonstruktionen im (extrem) rechten Denken

Die in der Einleitung der Arbeit erwähnten Beispiele massiver Anfeindungen, denen sich Klimaaktivistinnen ausgesetzt sehen, werfen die Frage auf, inwiefern rechte Positionen zu Naturschutz und Klimapolitik mit rechtem Antifeminismus zusammenhängen. Die Schilderungen in Kapitel 2 zeigen, dass bisher eine separate Untersuchung der Politikfelder die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung bestimmte.

Die sozialwissenschaftliche feministische Umweltforschung widmet sich seit den späten 1980ern dem Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Naturverhältnissen und fragt im weitesten Sinne nach der wechselseitigen Bedingtheit der Bedeutungszuschreibungen von Natur und Geschlecht. Im Folgenden wird insbesondere anhand dieser Perspektive erläutert, inwiefern die o.g. Geschlechts- und Naturkonstruktionen im rechten Diskurs in Deutschland wechselseitig bedingt sind.

Aus dem breiten Spektrum der feministischen Umweltforschung (zur Übersicht etwa Moeckli/Braun 2001) sind für die vorliegende Arbeit vor allem ein sozialistisch-ökofeministischer Ansatz sowie Grundeinsichten feministischer Philosophie und Wissenschaftskritik nützlich. Eine zentrale These dabei lautet: „nature has long been *gendered* in Western culture“ (Moeckli/Braun 2001: 112, Hervorh. i. Orig.). Diese ‚gendered nature‘ drückt sich aus in Konstruktionen von Natur als „zu erobernde, unentdeckte und unbewohnte ‚Wildnis‘“, die, gleich einer ‚Jungfrau‘, „auf Entdeckung wartet, auf Eindringen, Aneignung, Kultivierung und Befruchtung, eine Natur, die in Abhängigkeit gebracht und dann als abhängig geschützt werden muss“ (Katz/Mölders 2013: 272). Zahlreiche alltagssprachliche Formulierungen wie ‚Mutter Natur‘ oder die semantische Nähe von ‚unberührt‘ und ‚jungfräulich‘ reproduzieren diese Verknüpfung von Natur und Feminität. Da im westlichen Denken zugleich eine Dominanz von Kultur über Natur fest etabliert ist, führt diese hergestellte Nähe dazu, dass „women’s oppression cannot be fully understood without an environmentalist analysis“ (Moeckli/Braun 2001: 116). Katz und Mölders begreifen Natur und Geschlecht folglich als ein „sich wechselseitig stützendes Unterordnungsverhältnis“, das sich in „Kontrollansprüche[n] gegenüber Natur und Weiblichkeit“ ausdrücke (2013: 269 f.). Naturzusammenhänge dienen in diesem Kontext als „Legitimationsfolie für gesellschaftliches, diskriminierendes Handeln“ (Katz/Mölders 2013: 270).

Eine feministische Philosophiekritik weist vor diesem Hintergrund darauf hin, dass die westliche Aufklärungsphilosophie eine Reihe hierarchischer Dualismen konstruiert habe, die die Verknüpfung und Unterordnung von Natur und Weiblichkeit stützen: neben Kultur/Natur und männlich/weiblich sei hierzu etwa Rationalität/Emotionalität oder Geist/Körperlichkeit zu zählen (Moeckli/Braun 2001: 117).

Im Einklang mit dieser These einer Konvergenz von Patriarchat und gesellschaftlicher Naturbeherrschung – beschützen, unterordnen, ausbeuten – stehen historische wie aktuelle

Beispiele, dass Umweltaktivistinnen sehr oft auch oder vor allem mit Bezug auf ihr Geschlecht attackiert werden: So wurde Rachel Carson, Gründungsfigur der amerikanischen Umweltbewegung, in den 70ern „[d]ismissed as ‚biased', incompetent', ‚ignorant', ‚hysterical' […] and a ‚lesbian'" (Moeckli/Braun 2001: 113). Frauen galten als emotional, nur (weiße) Männer „could qualify as properly objective" (Moeckli/Braun 2001: 113), woraus sich ein vergeschlechtlichtes Machtgefälle in den Diskurspositionen ergibt.

Der misogyne Vorwurf der Hysterie tritt auch heute in Angriffen auf die Klimabewegung und eine anspruchsvolle Klimapolitik auf. In einem Blogartikel mit dem Titel ‚Die Klimahysterie ist weiblich' auf dem Portal ScienceFiles (Klein 2019) wird der menschengemachte Klimawandel umfassend abgelehnt und die positiven Effekte von CO_2 und steigenden globalen Durchschnittstemperaturen werden hervorgehoben. Wer trotz der vermeintlich eindeutigen empirischen Beweislage an den anthropogen verursachten Klimawandel ‚glaube', verhalte sich hysterisch. Mit dem Verweis auf eine weibliche Mehrheit bei Demonstrationen von Fridays for Future wird gefolgert, dass die Klimahysterie weiblich sei.[4] Die o.g. vergeschlechtlichten Dualismen sind hier deutlich wiederzufinden.

Im Folgenden wird argumentiert, dass eine Zweidimensionalität des Naturbegriffs im rechten und extrem rechten Denken der Ausgangspunkt für eine Verknüpfung von Antifeminismus mit Klimaleugnung einerseits, lokal ausgerichtetem Naturschutz andererseits ist. Dabei geht es besonders um die Schutzwürdigkeit von Natur. Diese zielt erstens auf die Natur als Umwelt ab, die heimische Flora und Fauna, also Naturschutz im Sinne von Heimatschutz, was gleichzeitig häufig mit einer Ablehnung von regenerativen Energietechnologien einhergeht (vgl. Kap. 2.2). Zweitens ist jedoch auch die gesellschaftliche Natur zu schützen, also die ‚natürliche gesellschaftliche Ordnung'. Hierunter sind Topoi wie Bewahrung der (Kern-) Familie, binäre Zweigeschlechtlichkeit, biodeutsche Homogenität etc. zu subsumieren.

Entgegen der sozialkonstruktivistischen Perspektive der feministischen Umweltforschung, die im Sinne von ‚social natures' (Castree/Braun 2001) die wechselseitige Bedingtheit von Natur und Kultur verficht, wird im extrem rechten Denken Natur als exogen, ursprünglich, bewahrenswert und vor menschlichen Einflüssen unbedingt zu schützen konstruiert. Natur war ‚immer schon da' und funktioniert nach scheinbar stabilen Gesetzen, die auf das menschliche Miteinander übertragen werden: „Natur wird zur nicht hintergehbaren Handlungsorientierung erklärt, da in ihr das ‚Ewige' und ‚Gesetzmäßige' zum Ausdruck komme" (Virchow 2019: 275). So übernimmt das Naturverständnis der extremen Rechten eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Politikfeldern, die hier Gegenstand der Analyse sind. Das Ziel eines „Leben[s] in Übereinstimmung mit den behaupteten Naturgesetzen" (Virchow 2019: 276) wird zugleich Maxime der Politikgestaltung und Quelle ihrer Legitimation. So verkündet der rechte Netzwerker Philip Stein: „Der Mensch ist Teil der Natur und darf folglich nicht mehr beanspruchen als ihm zusteht. […] Der Mensch muss sich einfügen in ein natürliches Geflecht." (Stein zit. n. FARN 2019b: 13) Dieses Verständnis einer organisch gewachsenen natürlichen Ordnung ist Ausdruck eines biologistischen Weltbilds, in dem jeder Mensch eine naturgegebene Position einzunehmen habe. Auf dieser Grundlage ist die Diffamierung jeglicher Formen emanzipatorischer Politik als ‚widernatürlich' nur der hieraus notwendig folgende nächste Schritt (FARN 2019b: 13). Auf die Spitze getrieben findet sich diese naturalistische Misogynie etwa bei Jack Donovan, dessen Buch

4 Das medizinisch und psychiatrisch veraltete Konzept der Hysterie war seit seiner Entwicklung durch Freud weiblich kodiert und trat damals wie heute im Kontext misogyner Diskurse auf. Insofern ist das ‚Argument' auf ScienceFiles, dass die Klimahysterie spezifisch weiblich sei, quasi eine antifeministische Tautologie.

‚Der Weg der Männer‘ von Götz Kubitscheks Antaios Verlag übersetzt und in Deutschland verlegt wurde. Weiß gibt Donovans Position wie folgt wieder:

„Da die Frauen schon durch ihre Fruchtbarkeit in den Überlebensfertigkeiten eingeschränkt seien, würden sich zwischen ihnen und den Männern ganz natürlich Hierarchien und Rollenbilder ergeben. Letztlich stellten die Frauen Ballast dar, den man aus Gründen der Reproduktion dulden müsse.“ (Weiß 2017: 230)

In der Gesamtschau ergibt sich ein Bild der Wechselwirkungen zwischen Natur und Geschlecht, das in beiden Fällen die Unveränderlichkeit und Schutzwürdigkeit legitimiert: Ein naturalisiertes, biologistisches Verständnis von Geschlecht dient der Stabilisierung traditioneller Familienbilder und binärer Geschlechterrollen; die dadurch perpetuierte Beherrschung der Frau wird vermittels vergeschlechtlichter Zuschreibungen zu Natur genutzt, um die Natur als verletzlich und schwach, aber auch als auszubeutend und beherrscht zu konstruieren.

4 Völkischer Nationalismus und Natur: extrem rechte Ideologie als Fundament

Nachdem im vergangenen Kapitel herausgearbeitet wurde, wie Antifeminismus und ‚Anti-Genderismus‘ mit naturbewahrenden bzw. klimaleugnenden Positionen im extrem rechten Denken konvergieren und vor allem über ein für dieses Denken spezifisches Naturverständnis vermittelt sind, soll abschließend dieses Naturverständnis im größeren Kontext extrem rechter Ideologie verortet werden. Damit soll gezeigt werden, dass die politischen Programme rechter Akteur:innen, und insbesondere der AfD als der parlamentarische Arm dieses Spektrums, auch in der Ideologie zunächst eher unverdächtigen Politikfeldern wie Umweltschutz oder Gleichstellungspolitik eine menschenfeindliche, nationalistische und völkische Ideologie transportieren.

Zunächst erfolgt diese Einordnung anhand einer historischen Perspektive. Die Wurzeln der Entdeckung von Natur und Umwelt als Themen des politisch rechten Spektrums reichen in die Epoche der Romantik zurück (Forchtner/Özvatan 2019: 127 f.; Olsen 1999). Die Heimat- und Naturschutzbewegungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts adaptierten frühzeitig rassistisches und nationalistisches Gedankengut und gingen bald in NS-Organisationen auf (Uekötter 2006). Für diesen Beitrag sind vor allem die Bezüge im Nationalsozialismus selbst von Interesse, da hier der der ideologische Gehalt des Naturschutzes von rechtsaußen am deutlichsten wird. So argumentierten Marian und Müller, dass Naturschutz zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie im Nationalsozialismus gewesen sei (2020: 83):

„[I]n der Zeit des Nationalsozialismus war die Naturfrage eng verflochten mit der Volksgemeinschaftsideologie und der Besinnung auf völkische Ursprünge. … Braune ‚Ökologen‘ wollen dezidiert die angeblich deutschen Arten, den deutschen Boden und den deutschen Wald vor Einflüssen von außen schützen.“ (Marian/Müller 2020: 82)

Frühzeitig erkannten die Nazis das „ideologische Potenzial“ (Marian/Müller 2020: 84), das der Naturschutz für ihre Zwecke hatte: „Die ‚deutsche Heimaterde‘ wurde als Grundlage für die angeblich überlegenen Eigenschaften der ‚veredelten germanischen Rasse‘ angesehen.“ (Marian/Müller 2020: 84) Naturschutz wurde zum Heimatschutz und ging in der Blut-und-Boden-Ideologie Hand in Hand mit der Bewahrung der Volksgemeinschaft. Die große Mehrheit deutscher Naturschutzverbände lief „ohne zu zögern zu den neuen Machthabern

über“ (Marian/Müller 2020: 84). Das 1935 verabschiedete Reichsnaturschutzgesetz war die erste amtliche Regulierung des Naturschutzes in Deutschland.

Marian und Müller sehen vor allem in der gegenwärtigen völkischen Siedlungsbewegung starke Kontinuitäten zur NS-Zeit (2020: 87; auch Forchtner/Öztavan 2019: 219). Auch für die Neue Rechte und die inzwischen unbedeutenden ‚Republikaner‘ wurde eine programmatische Bezugnahme auf ökologische Motive und eine Verquickung von Nationalismus und Umweltschutz aufgezeigt (Jahn/Wehling 1991; Weiß 2017). Weiß konstatiert, dass die Neue Rechte „in einer klaren weltanschaulichen Tradition der alten Rechten“ stand und stehe (2017: 37). Die Neue Rechte verknüpfe zwar nicht ‚Erde‘ und ‚Rasse‘, dafür aber ‚Kultur‘ und ‚Raum‘: „Im Denken der Neuen Rechten haben die ‚Trägervölker‘ mitsamt ihrer ‚Kultur‘ in den ihnen zugehörigen ‚Räumen‘ zu bleiben.“ (Weiß 2017: 22) Zu welchem Grad dies nun einer nazistischen Blut-und-Boden-Ideologie gleichkommt, muss nicht final geklärt werden, um den völkischen Nationalismus im gegenwärtigen extrem rechten Denken eindeutig benennen zu können.[5]

Neben der historischen Kontinuität hinsichtlich des ideologischen Gehalts von Natur und Naturschutz soll zweitens die Rolle der Kategorie Natur im nationalistischen, raumorientierten Denken genauer beleuchtet werden. Forchtner und Kølvraa (2015) unterscheiden hinsichtlich dieser Rolle zwischen der ästhetischen, symbolischen und materiellen Dimension von Natur. In ihrer ästhetischen Dimension komme der Natur eine romantisierte Vorstellung unberührter Schönheit zu, die emblematisch für die Schönheit des Heimatlands stehe. Die symbolische Dimension verweise auf die „idea of distinct territories containing distinct peoples“ (Forchtner/Kølvraa 2015: 204) und auf die daraus resultierende Souveränität über ein bestimmtes Gebiet. Natur impliziere hier die natürliche Zuordnung verschiedener Völker zu ihren ‚Lebensräumen‘. Gleichzeitig werde unberührte Natur zum Referenzpunkt der Sehnsucht nach einer vormodernen, nicht-urbanen Ursprünglichkeit sowie zum Ausdruck der historischen Wurzeln einer Nation, „signifying the historical primacy of the national community in this territory, and its cultural particularity and freedom from foreign rule, influence, or mixing.“ (Forchtner/Kølvraa 2015: 205) Der materiellen Dimension nach gehe es schließlich um die Frage, welche Ressourcen innerhalb der nationalen Grenzen für die Bevölkerung zur Verfügung stünden: Die nationalistische Volkswirtschaft strebe Autarkie an, insofern habe die Natur wesentliche Funktionen hinsichtlich der Nahrungsversorgung zu erbringen (Forchtner/Kølvraa 2015: 204 ff.).

Dem Primat des Nationalen folgend müsse internationale Klimapolitik daher abgelehnt (und die nur multilateral zu bekämpfende Klimakrise geleugnet) werden. Für die extreme Rechte sei nicht der Klimawandel die Gefahr, sondern die damit einhergehende Bedrohung nationaler Souveränität durch „international elites and foreign powers“ (Forchtner/Kølvraa 2015: 213). Die symbolisch aufgeladenen nationalen Natur- und Kulturlandschaften liefen Gefahr, international beschlossenen klimapolitischen Maßnahmen wie dem Ausbau Erneuerbarer Energien ‚zum Opfer zu fallen‘. Daher verfolge die Rechte eine Strategie der Verlagerung des Klimathemas von der wissenschaftlichen in die politische Sphäre: Klimapolitik sei „driven by hidden political motives and ideological preferences rather than by any scientific truth“ (Forchtner/Kølvraa 2015: 213).

Diese Dimensionen zeigen, dass Natur eine wesentliche Ordnungskategorie im extrem rechten Denken ist bzw. die Naturalisierung von gesellschaftlichen Unterschieden, menschlichen

5 Inwieweit Kultur als moderne Chiffre für ‚Rasse‘ dient, ist in der Forschung zu ‚Rassismus ohne Rassen‘, Kulturalismus und kulturellem Rassismus hinreichend erörtert worden: klassisch Adorno (2003), zum modernen Ethnopluralismus der Neuen Rechten: Weiß (2017).

Eigenschaften und Verhaltensweisen eine zentrale Begründungsweise für die völkische Ordnung darstellt. Unterschiedliche ‚Völker‘ werden ebenso wie Männer und Frauen als wesenhaft verschieden angesehen. Wenn die AfD im Bundestagswahlprogramm 2017 für einen „Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik“ in Deutschland plädiert und ‚stabile Familien‘ zur „Mitte und Grundlage jeder sich selbst erhaltenden Gesellschaft“ erklärt (AfD 2017: 49), ist dies als Baustein eines völkischen Rassismus zu verstehen: Um ihre Funktion für den „Erhalt des eigenen Staatsvolks“ (AfD 2017: 49) zu erfüllen, müssen diese Familien der geschlechtsbinären, heterosexuellen Matrix entsprechen, damit das Volk ‚rein‘ und ‚gesund‘ bleibt (Sauer 2017: 12 f.). Vor dem Hintergrund einer niedrigen Geburtenrate in Deutschland wird gleichstellungsorientierte Geschlechterpolitik zu einer „Bedrohung für das deutsche Volk“ (2017: 171) stilisiert. In essentialisierender Manier wird suggeriert, Frauen hätten einen ‚natürlichen Kinderwunsch‘ sowie das Bedürfnis, die Erziehung der Kinder komplett zu verantworten; ein Angriff auf diese ‚natürliche Ordnung‘ komme einer „demographischen Bedrohung des Volkes“ gleich (Sauer/Ajanovic/Mayer 2018: 49).

Menschen unterschiedlicher Herkunft werden naturalisierend als Populationen, Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften beschrieben (Virchow 2019: 276 f.). Da der Begriff der ‚Rasse‘ im deutschen Sprachgebrauch nach wie vor unmittelbar mit dem Nationalsozialismus verknüpft ist, hat sich ein alternativer Diskurs der ‚naturgegebenen Unterschiede‘ etabliert. Weiß sieht die Neue Rechte und alte Rechte in Deutschland geeint in ihrem „Beharren auf die unlösbaren Bindungen des Einzelnen an seine Ethnie und die daraus naturhaft resultierende Kulturform sowie auf die damit verknüpfte Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Ungleichheit“ (2017: 13). Indem menschliches Handeln zum Trieb erklärt (und somit naturalisiert) wird, wird auch rechte und rassistische Gewalt als ‚in der menschlichen Natur‘ liegend erklärt: So rufe Zuwanderung „‚archaische territoriale Selbstverteidigungsreflexe‘“ hervor, bei Gewalt gegen Geflüchtete und Migrant:innen handle es sich also um eine ‚natürliche Abwehrreaktion‘, die in einer „angeborenen Neigung zum Revierbesitz“ begründet liege (Virchow 2019: 278). In seiner Kritik des Naturbegriffs als extrem rechter Kampfbegriff verweist Virchow auf die Bedeutung zahlreicher weiterer Triebe wie dem Aggressions-, Dominanz-, Sozietäts- und Sexualtrieb, die allesamt eine bedeutende Funktion zur Organisierung, Aufrechterhaltung und Verteidigung der Volksgemeinschaft übernehmen (2019: 278 f.). Weiß konstatiert eine Regression im Denken, in der, wie er nicht ohne Zynismus anmerkt, „[d]ie Reduktion der Gesellschaft auf das Instinktverhalten der Tierwelt […] korrekterweise als Entsprechung des eigenen Denkens identifiziert“ wurde (2017: 231).

Nicht zuletzt ist auf die Verschränkung sowohl antifeministischer als auch klimaleugnerischer Diskurse mit Antisemitismus zu verweisen (vgl. etwa Stögner 2017; Fedders 2018). So taucht im Anti-Gender-Diskurs häufig der antisemitische Topos der „Strippenzieher-Logik“ (Fedders 2018: 221) auf: Die ‚Umerziehungspolitik‘ sei staatlich verordnet oder von Brüssel aus gesteuert; ebenso wird immer wieder auf eine machtvolle geheime ‚Homo-/Femilobby‘ verwiesen oder auf geheime Interessen, die hinter den Institutionen der internationalen Klimagovernance stünden. Hier ist eine Art Umwegkommunikation zu beobachten: sexistische, homo- und transphobe sowie anti-genderistische oder Anti-EU-Diskurse übernehmen eine „Vertretungsfunktion für einen nicht mehr offen zugelassenen Antisemitismus“ (Stögner 2017: 159).

5 Schlussbemerkungen

Die vorliegende Arbeit hat aufgezeigt, wie Geschlechts- und Naturkonstruktionen in der rechten und extrem rechten Szene in Deutschland wechselseitig bedingt sind. Anhand der feministischen Umweltforschung und v. a. der ökofeministischen These einer Konvergenz von Patriarchat und gesellschaftlicher Naturbeherrschung wurde argumentiert, dass der Naturbegriff eine *Scharnierfunktion* zwischen Antifeminismus, lokalem Naturschutz und Klimawandelleugnung einnimmt. Zentral hierfür ist die Konzeption der Natur als besonders schutzwürdig, die neben der Natur als Umwelt auch auf die ‚natürliche gesellschaftliche Ordnung' übertragen wird.

Hieran anschließend wurde gezeigt, dass dieses Naturverständnis im Kontext extrem rechter Ideologie zu begreifen ist. Dies zeigt sich u. a. anhand historischer Kontinuitäten zwischen alt-rechtem und neurechtem Denken. Natur kann als wesentliche Ordnungskategorie in rechter Weltanschauung gelten, wobei die Naturalisierung von gesellschaftlichen Unterschieden, menschlichen Eigenschaften und Verhaltensweisen eine zentrale Begründungsweise für die erstrebte völkische Ordnung ist.

Der hier eingeschlagene Erklärungsweg, den Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Spektrum vor allem in extrem rechter Ideologie zu begründen, ist komplementär zu verstehen zu Ansätzen, die antifeministische und klimawandelleugnende Positionen kritisch-gesellschaftstheoretisch, sozioökonomisch oder sozialpsychologisch zu erklären versuchen. Ziel der vorliegenden Arbeit war es, das ideologische Potenzial aufzuzeigen, das in neurechter Frauenfeindlichkeit, Umweltpolitik der AfD oder der sie vereinenden Naturromantisierung steckt. Dies ist insofern brisant, als gerade die Themen des Natur- und Umweltschutzes für zahlreiche gesellschaftliche Milieus anschlussfähig sind: „Rechtsextreme Gruppierungen und Akteur*innen bedienen sich dementsprechend ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen." (FARN 2019b: 4) Ein Thema, das als genuines Ideologem völkisch-nationalistischen Denkens zu verstehen ist, hat also zugleich politstrategisch-instrumentellen Wert für die Rechte. Gleiches gilt für die Positionen zu Familien und Geschlechterpolitik, mit denen sich die Neue Rechte Weiß' Einschätzung zufolge einen „immensen Resonanzraum […] verschafft" habe (Weiß 2017: 56 f.). Mit ihrer Modernitätskritik, der Romantisierung von Natur und der angestrebten Rückbesinnung auf ein ‚traditionelles' Familienbild versucht die AfD, flankiert von rechten Protestbewegungen und lauten Rechtsintellektuellen, sich als ‚bürgerliche Partei' zu inszenieren. Kritische Sozialwissenschaft muss daher immer wieder die rassistische und völkische Logik dahinter benennen. Es steht zu befürchten, dass die extreme Rechte in der sich radikal verschärfenden Klimakrise einen „‚Kampf um Lebensraum' in einer neuen Dimension auf die Tagesordnung" (Marian/Müller 2020: 89) zu setzen versucht, und der Rassismus gegenüber vor Folgen der Klimakrise schutzsuchenden Menschen neue Konjunktur erlangt. Mit einem Aufzeigen der ideologischen Substanz, die sich hinter rechten und extrem rechten Positionen zu Klima, Umwelt- und Naturschutz sowie Geschlechterpolitik verbirgt, muss dem weiteren Erstarken des Rechtsaußen-Spektrums und dem Vordringen ihres Gedankenguts in die gesellschaftliche ‚Mitte' vorgebeugt werden.

Literatur

Adorno, Theodor W. (2003). Schuld und Abwehr: Gesammelte Schriften in 20 Bänden – Band 9: Soziologische Schriften II. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

AfD (2016). Programm für Deutschland: Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Berlin.

AfD (2017). Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Berlin.

AfD (2019). Europawahlprogramm: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. Berlin.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2020). Demokratie verteidigen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD (3. erweiterte und überarbeitete Auflage). Berlin.

Castree, Noel & Braun, Bruce (Hrsg.) (2001). Social Nature: Theory, Practice, and Politics. Malden, Mass.: Blackwell Publishing.

Daggett, Cara (2018). Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. Millenium: Journal of International Studies, 47(1), S. 25–44. https://doi.org/10.1177/0305829818775817

EIKE (2019). KONFERENZ GEGEN DEN KLIMAWAHN IM NOVEMBER 2019. Zugriff am 9. Juli 2020 unter https://www.eike-klima-energie.eu/2019/10/11/konferenz-gegen-den-klimawahn-im-november-2019/.

EIKE (2020). Grundsatzpapier Klima. Zugriff am 1. Juni 2020 unter https://www.eike-klima-energie.eu/die-mission/grundsatzpapier-klima/.

FARN (2019a). Wenn extreme Rechte über Klima reden: Compact-Konferenz „Gegen den Klimawahn“. Zugriff am 1. Juni 2020 unter https://www.nf-farn.de/extreme-rechte-klima-reden-compact-konferenz-gegen-klimawahn.

FARN (2019b). Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen: Ein Leitfaden. Zugriff am 10. Juli 2021 unter https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf.

Fedders, Jonas (2018). ‚Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden.‘ Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus. In Juliane Lang & Ulrich Peters (Hrsg.), Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt (S. 213–232). Hamburg: Marta Press. https://doi.org/10.1515/fs-2018-0046

Forchtner, Bernhard & Kølvraa, Christoffer (2015). The Nature of Nationalism: Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. Nature and Culture, 10(2), S. 199–224. https://doi.org/10.3167/nc.2015.100204https://doi.org/10.3167/nc.2015.100204https://doi.org/10.3167/nc.2015.100204

Forchtner, Bernhard; Kroneder, Andreas & Wetzel, David (2018). Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. Environmental Communication, 12(5), S. 589–604. https://doi.org/10.1080/17524032.2018.1470546

Forchtner, Bernhard & Öztavan, Özgür (2019). Beyond the ‚German Forest‘. In Bernhard Forchtner (Hrsg.), The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication (S. 216–236). London, New York: Routledge.

Franke, Nils (2012). Gegen das Fremde, nicht nur im Garten. Die Neobiota-Diskussion als Einfallstor für Rechtsextreme. Politische Ökologie, 30(131), S. 78–84.

Gemenis, Kostas; Katsanidou, Alexia & Vasilopoulou, Sofia (2012). The politics of anti-environmentalism: positional issue framing by the European radical right. Zugriff am 10. Juli 2021 unter https://research.utwente.nl/en/publications/the-politics-of-anti-environmentalism-positional-issue-framing-by-2.

Gießelmann, Bente; Kerst, Benjamin; Richterich, Robin; Suermann, Lenard & Virchow, Fabian (2019). Einleitung. In Bente Gießelmann; Benjamin Kerst; Robin Richterich; Lenard Suermann & Fabian

Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe (S. 9–25). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Gottschlich, Daniela & Katz, Christine (2021). Antifeminismus als Bestandteil der Einflussnahme von rechten Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutzbereich. In Johanna Sigl; Katharina Kapitza & Karin Fischer (Hrsg.), Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft (S. 86–101). Hamburg: Alma Marta.

Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2017a). Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript. https://doi.org/10.14361/9783839431443-fm

Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (2017b). ‚Eine Frage an und für unsere Zeit': Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen (S. 15–40). Bielefeld: transcript. https://doi.org/10.14361/9783839431443-002

Heitmeyer, Wilhelm (2018). Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.

Henneberger, Kathrin (2019). Toxische Männer: Hetze gegen Klimaaktivistinnen. Zugriff am 05. Juli 2020 unter https://www.klimareporter.de/protest/toxische-maenner.

Hultman, Martin; Björk, Anna & Viinikka, Tamya (2019). The Far Right and Climate Change Denial. In Bernhard Forchtner (Hrsg.), The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication (S. 121–135). London, New York: Routledge.

Jahn, Thomas & Wehling, Peter (1991). Ökologie von rechts: Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den ‚Republikanern'. Frankfurt a. M.: Campus.

Katz, Christine & Mölders, Tanja (2013). Schutz, Nutzung und nachhaltige Gestaltung – Geschlechteraspekte im Umgang mit Natur. In Christine Katz; Sabine Hofmeister & Tanja Mölders (Hrsg.), Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften (S. 269–277). Opladen: Verlag Barbara Budrich. https://doi.org/10.2307/j.ctvddztwt.7

Kapitza, Katharina (2020). Neobiota, Neonazis und die Angst vor Überfremdung: (Re)produktionstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Naturschutz. In Tanja Mölders; Anja Thiem & Christine Katz (Hrsg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken. Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft (S. 117–125). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Kapitza, Katharina (2021). Projektionsfläche Neobiota: Antifeministische Denkfiguren in der Konstruktion ‚fremder' Natur/en. In Johanna Sigl; Katharina Kapitza & Karin Fischer (Hrsg.), Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft (S. 69–85). Hamburg: Alma Marta.

Kemper, Andreas (2014). Keimzelle der Nation – Teil 2: Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren. Berlin.

Klein, Michael (2019). Die Klimahysterie ist weiblich. Zugriff am 27. Juni 2020 unter https://sciencefiles.org/2019/05/31/die-klimahysterie-ist-weiblich/.

Köttig, Michaela; Bitzan, Renate & Petö, Andrea (Hrsg.) (2017). Gender and Far Right Politics in Europe. Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1177/1478929919864782

Kováts, Eszter & Põim, Maari (Hrsg.) (2015). Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Budapest: Foundation for European Progressive Studies and Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lang, Juliane (2017). Familie und Vaterland in der Krise: Der extrem rechte Diskurs um Gender. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen (S. 167–182). Bielefeld: transcript. https://doi.org/10.14361/9783839431443-010

Lang, Juliane & Peters, Ulrich (2018). Antifeminismus in Deutschland: Einführung und Einordnung des Phänomens. In Juliane Lang & Ulrich Peters (Hrsg.), Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle

Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt (S. 13–35). Hamburg: Marta Press. https://doi.org/10.1515/fs-2018-0046

Lockwood, Matthew (2018). Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. Environmental Politics, 27(4), S. 712–732. https://doi.org/10.1080/09644016.2018.1458411

Marian, Hans-Gerd & Müller, Michael (2020). Der Kampf um Lebensraum: Braune Ideologen im Umwelt- und Naturschutz. Blätter für deutsche und internationale Politik, 65(2), S. 81–89.

Malm, Andreas & The Zetkin Collective (2021). White Skin, Black Fuel. On the Danger of Fossil Fascism. London, New York: Verso.

Moeckli, Jane & Braun, Bruce (2001). Gendered Natures: Feminism, Politics and Social Nature. In Noel Castree & Bruce Braun (Hrsg.), Social Nature. Theory, Practice, and Politics (S. 112–132). Malden, Mass.: Blackwell Publishing. https://doi.org/10.7202/007939ar

Nabert, Alexander (2019). Blanker Hass gegen Klimaaktivistin. Zugriff am 26. November 2021 unter https://taz.de/Fridays-for-Future-Sprecherin/!5628573/.

Olsen, Jonathan (1999). Nature and Nationalism: Right-wing Ecology and the Politics of Identity in Contemporary Germany. Basingstoke: Palgrave.

Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze (2., aktualisierte und erweiterte Auflage). Baden-Baden: Nomos.

Sauer, Birgit (2017). Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. Politische Vierteljahresschrift, 58(1), S. 1–16. https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-3

Sauer, Birgit; Ajanovic, Edma & Mayer, Stefanie (2018). Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘: Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreichs. In Juliane Lang & Ulrich Peters (Hrsg.), Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt (S. 37–59). Hamburg: Marta Press. https://doi.org/10.1515/fs-2018-0046

Schaller, Stella & Carius, Alexander (2019). Convenient Truths: Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin: adelphi.

Stögner, Katrin (2017). Angst vor dem ‚neuen Menschen‘: Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ. In Stephan Grigat (Hrsg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (S. 137–162). Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845281032-137

Uekötter, Frank (2006). The Green and the Brown: A History of Conservation in Nazi Germany. Cambridge: Cambridge University Press.

Van Rensburg, Willem (2015). Climate Change Scepticism: A Conceptual Re-Evaluation. SAGE Open. https://doi.org/10.1177/2158244015579723

Virchow, Fabian (2016). ‚Rechtsextremismus′: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In Fabian Virchow, Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (S. 5–41). Wiesbaden: Springer VS.

Virchow, Fabian (2019). Natur. In Bente Gießelmann; Benjamin Kerst; Robin Richterich; Lenard Suermann & Fabian Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe (S. 275–284). Frankfurt: Wochenschau Verlag.

Wamper, Regina (2019). Gender-Ideologie. In Bente Gießelmann; Benjamin Kerst; Robin Richterich; Lenard Suermann & Fabian Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe (S. 130–144). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Weiß, Volker (2017). Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

Weiß, Volker (2019). Greta und die rechten Recken: Notizen aus Neuschwabenland, Teil 37. Zugriff am 22. Juni 2020 unter https://jungle.world/artikel/2019/40/greta-und-die-rechten-recken?page=all.

ZEIT ONLINE (2019). AfD will Widerstand gegen Klimaschutzpläne zu neuem Hauptthema machen. Zugriff am 5. Juli 2020 unter https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/afd-alexander-gauland-klimaschutz.

Zick, Andreas & Küpper, Beate (Hrsg.) (2021). Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz Verlag.